

Verkaufsstelle
 in Halle mit Besondere
 von
 und
 und
 und

Abonnementspreis
 monatlich 50 J., 1/2 Jährl. 1.50 J.
 vierteljährlich 1.00 J. Durch
 1/2 Jahr bezogen 1.50 J.

„Die Neue Welt“
 in Halle, durch
 den
 den
 den

Volksblatt

Insertionsgebühr
 beträgt für die 5spaltige
 Zeile oder deren Raum
 15 J. für 14 Tage,
 30 J. für 1 Monat,
 100 J. für 3 Monate,
 200 J. für 6 Monate,
 400 J. für 1 Jahr.

Einzelrate für die 5spaltige
 Zeile oder deren Raum
 15 J. für 14 Tage,
 30 J. für 1 Monat,
 100 J. für 3 Monate,
 200 J. für 6 Monate,
 400 J. für 1 Jahr.

Eingetragen in die Ver-
 zeichnungsliste unter Nr. 100.

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Silbergasse.
 Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle-Saale.

Wochensatz für Halle und Markt.

Nr. 31.

Mittwoch den 7. Februar 1894.

5. Jahrg.

Ein Rückblick auf die Katastrophe von Mitleben.

1.
 Seit Feststellung des Ausbruches der asiatischen Cholera im Mitlebener Frennhanse ist nunmehr über ein Jahr verfloßen. Inzwischen tauchte diese in ihren Anfängen orientalische Krankheit immer von neuem in Deutschland auf, und bis in die jüngste Zeit hinein zeigten sich ihre unheimlichen Erscheinungen z. B. in Oberrhein, besonders in der Gegend von Barmen.

Am 15. April 1893 wurde auf der internationalen Sanitätskonferenz zu Dresden auch deutscherseits ein Uebereinkommen nebst Beitritts-Protokoll unterzeichnet, wobei es sich weniger um die Abwehr und Beseitigung der Krankheit selbst, als um die Zurückweisung unzumutbarer, den Verkehr beschränkender polizeilicher Maßnahmen, sowie um die Bewahrung des Verkehrs vor überflüssigen Abzweigungen handelte. In der bayerischen Kammer gab am 10. Januar dieses Jahres der Regierungsvorstand, der Minister v. Feilich, nach energischer Interpellation durch den Abgeordneten Grillenberger eine Erklärung bezüglich des Reichsgesetzes ab, welche dahin ging, daß die bayerische Regierung diesem Gesetz, keineswegs sympathisch gegenüberstehe, daß sie im Bundesrat ihre Abänderungsvorschläge zu diesem Gegenstande vorbringen und gegebenenfalls sich ablehnend verhalten werde.

In dem Etat für das Reichsamt des Innern auf das Jahr 1893/94 befand sich unter der Rubrik „Gesindekrankheit“ auf Seite 23 die an sich erfreuliche, wenn auch nicht sonderlich beruhigende Bemerkung: „Die Arbeiten in der bakteriologischen Abteilung des Laboratoriums haben in den letzten Jahren fort und fort zugenommen.“ Auch in der „Rechtschrift über die Choleraepidemie“, die in der achten Legislaturperiode, und zwar in der zweiten Session 1892/93 dem Reichstage zur Kenntnis gebracht wurde, in dieser Rechtschrift, die im Dezember 1892 von dem Stellvertreter des Reichsanwalts unterzeichnet war, hieß es mit Bezug auf die „Zukunft der Epidemie“, daß die „Ausföhrung“ für 1893 günstig sei, daß die Cholera in Deutschland beiseite sei, und daß sie „vorausichtlich auch während des kommenden Winters durch die getroffenen Maßnahmen unteren Grenzen fern bleiben“ werde.

Um gleichsam die wohlklingende Zukunftsmusik der Reichsregierung in graufiger Weise zu verhöhnen, brach einen Monat später mit furchtbarer Feiligkeit die orientalische Cholera in Mitleben unmittelbar vor den Thoren Halle aus. Wohnsitz und Cholera schienen um die Herrschaft zu ringen und lenkten für kurze Zeit die Blicke ganz Deutschlands auf eine Unglücksstätte, die ausserhalb liegen, von einem mörderischen Geschick mit doppelter Wucht heimgesucht zu werden. Es ist daher vielleicht keine zu starke Behauptung, daß die Schrecken der Hamburger Epidemie im Saalkreis konzentriert auftraten. Gewiß aber reicht auch die lebhafteste Phantasie nicht hin, sich eine ansehnliche oder erschöpfende Vorstellung zu machen

von den Zuständen und Begebenheiten der Mitlebener Hölle während grimmiger Winterstürme und einer Januarfäule von 20 Grad R. des Vorjahres.

Der einfache Tatabstand ist der folgende:
 Die erwähnte Frennhanse, welche der sächsischen Provinzialverwaltung unterstellt ist, wurde am 14. Januar 1893 als Herdstätte einer plötzlich hervorbrechenden Choleraepidemie erkannt. Bereits im September 1892 — vielleicht auch schon früher — zeigten sich Anzeichen erregende Verdachtsfälle mit üblichem Ausgange innerhalb der Anstaltsmauern. Auch ein Teil der Angehörigen des staatlichen Justizinspektors, des nahe bei Mitleben gelegenen Gefängnisses, wurde damals in Mitleben befallen. Die Betroffenen waren jedoch widerstandsfähig, und kaum mag ein Todesfall unter den Erkrankten eingetreten sein.

Im Januar 1893 befanden sich in der Provinzial-Frennhanse etwa 1000 Personen, darunter gegen 800 Patienten; sie lag dort hielten auf einer Anhöhe westlich von Halle — vom Mühlweg aus in 20 Minuten erreichbar — und in nächster Nähe von Giebfeldstein, einer sozialdemokratischen Hochburg des Saalkreises. Die Wege nach dem „Weinberg“, der Dolauer Heide u. führen tausende und abertausende von Bewohnern Halle und der Umgegend — besonders an Sonn- und Festtagen — in die unmittelbare Nähe der Anstalt. Sie bezog damals ihren gesamten Wasserbedarf aus einem an der Saale gegenüber dem Einfluß der Feilich angelegten Sammelbrunnen. Dieser wird durch die „wilde“ Saale, einen Nebenarm der Saale, welcher die Stadt nicht berührt, mit verhältnismäßig reinem Wasser versehen.

Soweit scheint also alles günstig zu liegen, allein die Verwaltung hatte zur Ausbesserung der Fäkalien, der Harn- und Koffstoffe, ein Mitlebenssystem von zweifelhafte Güte eingerichtet. Die Anstaltsärzte zählten sich von dem Hügel abwärts fast rings um das Frennhanse hin; so ist es denn sehr erklärlich, daß der Uebertritt von Mitleben unter dem bezeichnenden Namen Saugraben langsam abfließt und als dickflüssige Masse ihren Weg in das reine Wasser des Frennhanse nimmt. Hier, und zwar wenige Meter unterhalb der Saugrabenmündung lagte der Sammelbrunnen das „Wasser“ für die unglücklichen Frennhanse und die sonstigen Anstaltsbewohner ein. Diese sehr gemischten Sammelgewässer gaben mithin der Anstalt das täglich und stündlich erforderliche Wasser, Koch- und Trinkwasser; es konnten somit die Entleerungen der Choleraerkranken von diesen selbst und den Gefangenen nach kurzer Wanderung und geringfügiger Formveränderung abermals und abermals „genossen“ werden.

Das deutet denn doch auf einen Zustand unzureichender Verwahrung, der allerdings alles in den Schatten stellen würde, was in Cholerazeiten jemals erlebt worden ist.

Seit dem 14. Januar 1893 nahm die Zahl der Erkrankungen und der Todesfälle beständig zu. Dabei wurde die interessanteste Tatsache festgestellt, daß die Anstaltsbewohner der dritten Klasse am stärksten von dem orientalischen Witzgeheimnis befallen wurden, während er der zweiten Klasse gegenüber schon glimpflicher auftrat und die erste Klasse fast

ganz verhornte. Dieser Umstand, der so leicht aus den verchiedenartigen Ernährungs- und sonstigen Verhältnissen zu erklären ist, gab zu den „gütigsten“ Gerüchten und geblühenden Verdächtigungen, die hier auch andeutungsweise nicht wiederholt sein sollen, Anlaß.

Nunmehr bleibt die weitere Thatsache bestehen, daß hier jahrelange Tötung vieler Menschen vorlag — nicht durch bestimmte Personen — sondern durch das Zusammenreffen schwerer Verhältnisse und verfehlter Maßnahmen, für die leider jede parlamentarische Bezeichnung fehlt. — Hätte nicht der Brunnen zugestrichelt werden müssen, bevor das Kind hineingestürzt? Und die Gelmdelmit, die für den Bau eines „Provinzial-Stände-Hauses“ angewendet wurden, hätten besser für zweckentsprechende Einrichtungen einer Anstalt verwendet werden sollen, welche den Unglücklichen des Menschengeschlechtes mögliche Sicherheit und wahrhaft unüffliche, liebevollste Pflege zu gewähren hat. Vergeblich fragte man auch: Wie konnten die groben Mängel der Wasserzuführung bis zum Herabruch der Katastrophe verborgen bleiben? Das Anstaltswasser roch oft faulig und konnte im Hochsommer absolut nicht verwendet werden. Hier hätte also zeitig und mit rücksichtsloser Energie im Interesse der anvertrauten Menschenleben eingegriffen werden müssen. Es ist aber ganz vergeblich, nach dem ungenutzten „Saugraben“ und seinen Mitlebigen zu fragen, wo man einen geschlossenen System aller nur denkbaren Unzulänglichkeiten gegenübersteht.

Bundschau.

Im Reichstage brachte am Montag der nationalliberale Abgeordnete Friedberg die Angelegenheit des Herzogs von Koburg zur Sprache. Der Reichstanzler erwiderte, daß der Herzog zweifellos ein rechtmäßiger deutscher Souverän sei und deshalb nicht zugleich Unterthan einer fremden Macht sein könne. Er habe dem Kaiser gegenüber Erklärungen abgegeben, die vollständig befriedigten. — Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern entpinn sich eine lebhafte Debatte über die Frage der Sonntagsruhe in der Industrie, bei welcher namentlich unsere Genossen Weber und Wurm energisch auf Verschleimung drangen. Minister v. Bötticher war auch heute wieder nicht in der Lage, einen Termin für das Inkrafttreten der bezüglichen Bestimmungen angeben zu können, auf welche nun schon über 2 1/2 Jahre schlichtig gewartet wird. Die Verzögerung ist allerdings begründet, denn es handelt sich um ein Gesetz zu gunsten der Arbeiter.

Die Wahlprüfungs-Kommission hat die Entscheidung über die Wahl des Nationalliberalen von Benda anzusetzen beschlossen. v. Benda vertritt den Kreis Wanzleben (6. Magdeburg) und wurde am 15. Juni mit 92 Stimmen über die absolute Mehrheit gewählt. Unser Genosse Tischlermeister Gerlach in Magdeburg erhielt 5439, von Benda 7758, der Wählertrumpf Guefrow 2059 Stimmen. Die Kommission hat über die Vorgänge amtliche Auskunft ver-

13) Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.
 (Nachdruck verboten.)

„Ich glaube, viele Privilegierte wollen deshalb nichts von dem herrschenden Elend hören.“ äußerte Viktor, „weil sie sich sonst des eigenen Wohllebens schämen müßten.“

„O“, rief Felix, „wohl mag es manchem bequem sein, auf Kosten der Allgemeinheit ein sorgenloses Dasein zu führen und die Kunde von der Not und Enttäuschung derjenigen, welche die Mittel für das Ganze aufbringen müssen, mag unangenehm in das Ohr klingen. Trotzdem müssen den maßgebenden Personen die Augen geöffnet werden. Zu ihrem eigenen Interesse! Ich habe die Kostlandprovinzen besucht und Menschen und Zustände beobachtet: Ich habe gesehen, wie weit es mit diesen Armen gekommen ist. Ich habe gesehen, wie sie sich verzweifelt winden und äulen unter den Lasten, die ihnen trotz aller Not nicht nur nicht abgenommen werden, sondern die sich infolge des verzehrenden Militarismus, der in unserem Rußland die ungeheuerlichen Opfer erfordert, von Jahr zu Jahr steigern. Ich habe gesehen, wie sie, bleich, hungrig, ohne Mittel, sich arbeitsfähig zu erhalten, und bei Krankheiten der fürchterlichen Notwendigkeit verfallen, zu Grunde zu gehen — mit Bewußtsein zu Grunde — mit Grimm und Mut im Herzen ihre schmerzlichen Gefühle entrichten, um nicht auch noch das Letzte zu verlieren, was die Not ihnen gelassen hat: ein Dach für ihr Haupt! Ich habe gesehen, wie sie schmerzhaft und hasserfüllt die Reiben der Begüterten betrachten, deren luxuriöse Feste, deren Stolz und Hochmut im Benehmen gegen sie und die denselben verleihe Möglichkeit, durch Mergel und Haber und Reizen ihr Leben zu erhalten und zu verlängern, während sie selbst aus einer unglücklichen, darbenenden Familie weg, sie, deren einzige Ernährer, jammern

hinwegsterben! Das Schicksal bewahre Rußland vor dem Tag, an welchem diese Leute ihre Stühle bekommen glauben! Dann würde sich das System, das ihnen das Wissen, die Bildung und ihre vollen Menschenrechte vorenthält, bitter rächen.“ Der junge Schriftsteller hielt inne und stärkte sich durch ein Glas Wein, um sich hierauf in ein leiseres Gespräch mit seiner Verlobten zu vertiefen, bis Helena nach einiger Zeit das offizielle Gespräch wieder aufnahm.

„Was meinen Sie denn aber, was hier zu thun ist,“ fragte sie. „Was würden Sie beispielsweise thun, Herr Volkshofs, wenn Sie die Macht hätten, in Rußlands Schicksal einzugreifen?“

„Das wäre ich auch gespannt zu hören,“ schloß sich Vaille der Frage an.

„So leicht läßt sich das nicht im Rahmen unseres Gesprächs auseinandersetzen,“ antwortete Felix. „Das Uebel mußte an seiner Wurzel angefaßt und die unzureichende Kur der Symptome, die doch nur Wirkungen der allgemeinen Krankheit sind, aufgegeben werden. So viel steht aber fest, für einen wahrhaft großen und edlen Mann, der die Fülle der physischen Macht besitzt, bietet unsere Zeit herrliche Aufgaben! Wenn ich solche Macht besäße, so würde ich vor allem meinen und meines Staates ganzen Einfluß aufbieten, um den Willkür das Fundament aller Wohlthat, den dauernden sicheren Frieden wiederzugeben und sie vom Militarismus zu befreien, der nur zerstört und dessen glänzendste Erfolge selbst nur Scheinerfolge sind, die auch den Sieger bis ins Mark treffen und nur den Grund zu Nationalhaß und neuen Kriegen legen. Nehmen Sie da z. B. Rußland an. Welchen Gewinn hat es von seinen Kriegen und Eroberungen? Ohne Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit, auf die Möglichkeit der dauernden Erhaltung und Ernährung, auf die Verchiedenartigkeit des Klimas, der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Bedingungen rafft die Länderei

alle möglichen Provinzen zusammen und sucht sie, ohne nach dem Willen und nach den Bedürfnissen ihrer Bewohner zu fragen, in das eng Schema zusammenzupressen, das sich in den zufälligen Farben des Landes ausdrückt. Was den Besiegten vielleicht gestern noch heilig war, soll ihnen heute Verbrechen, und was ihnen gestern Verbrechen war, heute Pflicht sein! Vergebliches Bemühen! Nationen find keine Hannehler, denen man widerstandslos den Eigentumsstempel auf den Rücken brennt. Die Folge ist ein Zustand ewiger Gährung, ewiger Unzufriedenheit. Die Furcht vor Katastrophen führt schließlich die Regierung doch zu Verzicht, den wirtschaftlichen Bedürfnissen ihrer „Unterthanen“ entgegenzukommen, sie glaubt sich in die Notwendigkeit verfecht, ihnen neue Abzugssteuern zu erschließen; zu diesem Zwecke gilt es, zu den alten wieder neue Länder sich anzueignen, die später wiederum zu denselben Maßnahmen herausfordern. Und so trägt ein Krieg immer den nächsten schon im Schoße, selbst wenn die Besiegten nicht ihrerseits ihre Abzugssteuern nehmen und ganz abgesehen von der Gefahr, welche dem Staate durch die planlose Zusammenhäufung einer Schaar von Unglücklichen droht, die sich, jeher eine andere Sprache redend, nicht als Kinder eines Reiches, sondern als erbitterte Feinde betrachten und schließlich über sich selbst herfallen und einander zerstören. Innerer Verfall und Zerfall ist das Schicksal aller Länder, die durch Eroberung ephemerer Herrscher künstlich gemacht wurden — so zerfiel nach seinem Tode das ungeheure Reich Alexanders des Großen und schon Zeit seines Lebens das Napoleon des Großen, und denselben Schicksale sehe ich unter Vaterland entgegengehen, wenn nicht rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, welche die verchiedenen Völker durch das Band einer gemeinschaftlichen Freiheit und Wohlthat mit einander verbinden.“

„Und erlösen Sie nicht,“ fragte Wladimir Storski, „eine derartige Vorkehrung in den Vortreffungen der Regie-

langt, die der sozialdemokratische Wahlprotest wie folgt schildert: In Wollmireleben hat der Gemeindevorstand Loging in Uniform vor dem Wahllokal Stimmzettel für Herrn v. Wenda verteilt. Der Amtsvorsteher und Fabrikbesitzer Schärer in Wolmireleben hat seine bei ihm beschäftigten Leute (etwa 300 Mann) unter seiner und seiner Beamten Aufsicht an das Wahllokal geführt, wo jedem einzelnen dieser Leute von dem Gemeindevorstand Loging ein Stimmzettel für Herrn v. Wenda eingehändigelt wurde. Sämtliche Leute begeben sich während dieser ganzen Handlung unter strenger Aufsicht der Beamten des Herrn Schärer, während Herr Schärer selbst innerhalb des Wahllokals an der Thür postiert hat. Es wurde hierdurch den sämtlichen, so hergeführten ca. 300 Wahlberechtigten bei deren wirtschaftlicher Abhängigkeit unmöglich gemacht, sich mit andern als den ihnen vom Gemeindevorstand Loging gegebenen Stimmzetteln zu versehen. Der Amtsvorsteher und Fabrikbesitzer Schärer rief jedoch seine Leute nach dem Alphabet kolonnenweise von je 3 bis 5 Mann auf und ließ sie so in das Wahllokal eintreten, wobei er die Thür jedesmal eigenhändig öffnete und schloß.

So wird es gemacht. Wenn aber das freie Wahlrecht durch praktische Neuerungen geschnitten werden soll, dann heimlich die ganze Note Karth der Geselmen und Zunftler nach dem Sturze des allgemeinen Wahlrechts.

Das preussische allgemeine Landrecht besteht am 5. Februar 100 Jahre. Der größte Teil dieser Gesetzsammlung ruht aber auf unsere Zeit nur zum Teil. Soweit die Bestimmungen aber noch zeitgemäß, d. h. in privatrechtlichen Teilen, werden dieselben durch das über kurz oder lang zu stehende kommende deutsche bürgerliche Gesetzbuch außer Geltung gesetzt werden. Dann werden noch die zum großen Teile recht veralteten staatsrechtlichen Bestimmungen übrig bleiben, deren Anpassung an die neuzeitlichen Verhältnisse sehr von nöten wäre.

Der Reichstag erklärt in der „Voss. Ztg.“, daß er mit den an die „New-Yorker Staatsz.“ gerichteten Depeschen betr. die Vorkommnisse am 18. März nichts zu thun habe. Wir werden sehen, inwiefern der „Vorwärts“ für seine Angaben Beweise liefern kann. Das Zeugnis des Reichs ist für uns noch kein Grund, die „Vorwärts“-Medlung für falsch anzusehen.

Ueber **„Arbeiter als Fabrikinspektoren“** bringt der „Gewerbetreibend.“ ein kapitalistisches Blatt, folgende vernünftige Notiz: Es verdient Beachtung, daß der englische Minister des Innern den Bericht gemacht hat, 15 Arbeiter zu Fabrikinspektoren zu ernennen, was sich durchaus bewährt hat. Diese haben dazu beigetragen, während ihrer sechsmonatigen Amtszeit wesentliche Lebensstände im Fabrikwesen abzustellen, die sonst unentdeckt geblieben wären. Der Minister hat im Hinblick auf diese Erfolge in seiner letzten Rede die Ernennung von weiteren Fabrikinspektoren in Aussicht gestellt, welche ihre Erfahrungen als regelrechte Fabrikarbeiter gemittelt haben. Auch die weiblichen Fabrikinspektoren, welche früher Arbeiterinnen gewesen, sollen vermehrt werden. Nun also! Wenn der „Gewerbetreibend.“, wie es den Anschein hat, es einseht, daß Arbeiter am besten geeignet sind, Lebensstände im Fabrikwesen zu feimen und abzustellen, warum tritt er dann nicht unserer Forderung bei, daß in England Bewährte auch in Deutschland zur Einführung zu bringen?

Vaillant ist am Montag morgen in aller Frühe hingerichtet worden. Der französische Minister hat dieselbe am Sonntag befohlen. Vaillant starb mit dem Rufe: „Tod der bürgerlichen Gesellschaft! Tod der Anarchie!“ — Damit hat sich die französische Republik das Brandmal der Schande angebrüht — sie hat an einem Verriichten einen Mord begangen.

Die trockene Guilloine arbeitet in Italien. Die grauliche Verurteilung des Abolenten Molinari zu 23 Jahren Gefängnis und Gitterkonfisation hat eine neue Nachahmung gefunden. Der aus Ghibellina gebürtige Soldat Mariano wurde am Sonntagabend vom Kriegsrichter wegen Teilnahme an den Unruhen in Ghibellina zu 20 Jahren Militärgefängnis und Trauung der Gerichtskosten verurteilt. Mariano scheint kein aktiver Soldat, sondern schon seit längerer Zeit zur Meeresflotte zu sein. Die Verurteilung, alle Stämme zu einer Sprache und einer Religion zu verbinden, und so im Laufe der Jahre die Nationen in ihnen verschwinden zu lassen? (Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Neues über den Planeten Jupiter. Wächst dem Planeten Venus der gegenwärtig als Abendstern noch immer in sehr hellem Glanze erstrahlt, obwohl die günstigste Stellung zur Erde bereits überschritten ist, lenkt Jupiter, der größte Planet im Sonnensystem, der Erde das meiste Licht zu. Er steht für uns gegenwärtig an der Grenze der Sternbilder Widder und Stier; links von ihm steht die reiche Sterngruppe der Pleiaden, etwas rechts die Spindel in ihrer leicht erkennbaren Gestalt, ausgedehnt durch den hellen roten Stern Aldebaran. Zu diesem Monate steht Jupiter in den frühen Abendstunden sehr hoch am südlichen Himmel und geht einige Stunden nach Mitternacht unter. Schon ein mäßiges gutes Fernrohr zeigt die harte Abplattung dieses Planeten, in der That ist er der erste Sphäroidkörper, an dem eine solche wahrgenommen worden ist. Bessere Instrumente zeigen sehr bald, daß die gewaltige Kugel in etwa zehn Stunden um ihren kürzesten Durchmesser sich dreht. Bei schwächeren optischen Mitteln sieht man wenigstens die Äquatorstreifen, mehrere dunkle Linien, die parallel mit dem Äquator verlaufen. Ungleich in derselben Richtung steht man außerhalb des Sphäroidkörpers vier Sternchen, und schon die Beobachtung weniger Tage genügt, um den Umlauf dieser Sternchen festzustellen und sie dadurch als Trabanten der größeren Kugel zu kennzeichnen. Bekanntlich hat im September 1892 der amerikanische Astronom Barnard einen außer fünf Jahren fünfzig Jupitermonde entdeckt, und zwar mit dem 30zölligen Fernrohr von Mount Sanison. In der That ist dieses schwermögliche Objekt auch anderwärts, z. B. in Buffalo, beobachtet worden. Man hat sich über vergänglich abgetragen, auf der Oberfläche der vier großen, schon von Galilei entdeckten Monde bestimmte Formen zu entdecken; selbst der dritte Mond, dessen Größe nicht allzu sehr hinter der des Erdballes zurückbleibt, schien allen Versuchen hartnäckig widerstehen zu wollen. Die gewaltige Entfernung von 7-80 Millionen Kilometer erklärt das hindreichend. Inzwischen ist es aber gelungen, unter außergewöhnlichen Umständen über die Oberflächenbeschaffenheit des viel kleineren ersten Galileischen Mondes Aufschluß zu

erteilung Molinaris hat selbstverständlich unter den parlamentarischen Aufsehen erregt, und die Regierung befindet sich in großer Verlegenheit. Als Crispi von Bekannten über seine Meinung befragt wurde, meinte er, er habe davon noch nichts gehört, er werde jedoch das Urteil lesen. Selbstverständlich! Anderwärts wissen die Minister, wenn solche fatale Geschehnisse passieren, auch nichts. Wir erinnern nur an den Minister Bötticher, der bei den letzten Kostnandsdebatten im Reichstage auch noch nichts von der bekannten Polizeiatende gehört hatte!

Crispi an der Arbeit. Am 1. Juli 1900 ist schmachvoll und verberedlicher Art — so schmachvoll und verberedlich wie die Einrichtung der ungeschicklichen „Anarchisten“ in Chicago — stellt sich die kriegsgerichtliche Verurteilung Molinaris heraus, deren wir wiederholt schon erwähnten. Der „Börsen Zeitung“ wird darüber geschrieben:

Rom, 1. Februar. Man kann nicht sagen, daß es in den aufstrebenden Landesstädten eingetragene Militärgerichte von der im bürgerlichen Strafgesetzbuch, namentlich in den Geschworengerichteten eigensinnigen Empfindsamkeit angefaßt seien und die Geheißensbreiter mit Handbänden aufweisen. 23 Jahre Zuchthaus mit dreijähriger Hellenhaft sind getrennt nach einer Verhandlung von wenigen Stunden einem Manne zugesprochen worden, der gegen den seit 10 Jahren in der Haft, zuletzt im schlichten Falle die Aufreizung zu Verbrechen vorliegt. Der Abolent Luigi Molinari, der getrennt mit seinem antiken Verteidiger vor dem Kriegsgericht in Massa erschien, war angeklagt und gefänglich, in den Weisheitsfragen in einer von mehreren hundert Anarchisten der Unzulassung befristeten Verurteilung dem Anarchismus verurteilt zu haben. Die Anklage, die sich für diesen Punkt nur auf die einem Polizeikommissar gemachten Angaben eines nicht erschienenen Ozeanologen stützen konnte, behauptete, daß die Rede den Kampf gegen die bestehenden Ordnungen in der Gesellschaft und dem Staat gegen und zum Vortritt aufgeführt habe. Die Anklage, der aus Mantua vorgeführt worden ist, wurde, da gegen die Anklage, daß sie nicht einfallen, zum gewaltigen Umlauf zu greifen. Sie geht lediglich darauf aus, die bestehenden Zustände als verberedlich und verwerflich nachzuweisen und durch Verbreitung dieser Ueberzeugung eine Verleugung derselben unweidlich zu machen. Von seiner Ungehörigkeit zu verberedlichen Verhandlungen könne nicht die Rede sein, denn die Anklage, die Carrara sagt niemanden und sei nur auf Einladung von Parteigenossen aus Mantua gekommen, um den Vortrag zu halten. „Wir Anarchisten“, sagte er, „wollen allerdings die Familie befehlen, aber nur, um aus der Ehe eine lediglich auf das Herz begündete Verbindung zu machen. Wir wollen auch kein Verbrechen gegen die Religion, denn wir sind nicht wie Brüder lieben. Für die Verbrecher unter uns sind wir so wenig verantwortlich wie andere Parteien für ihre räudigen Mitglieder. Das Eigentum bestimme ich, wie es die Sozialisten und die Kollektiven thun. Aber auch von den Unberühmten Verhältnissen darf gesprochen werden, das Eigentum der Diebstahl ist. In Deutschland bildet die Sozialisten, die die Partei in den Parlamenten, und ihre Anführer sind dieselben. Das Eigentum hat den Massenwettbewerb aufrecht, und wir wollen eine einzige Klasse von freien Menschen.“ Zum Bürgerrechte aufgereizt zu haben, stellte Molinari ebenfalls entschieden in Abrede. Das Thema seines Vortrages haben einige Säue, die er, wie er, in der That, die Partei des Meeres“ gebildet, in denen es heißt, daß die Religion und die Gesetze verberedlich seien, jene, weil sie zum Uberglauben führe, diese, weil sie die natürliche Entfaltung der Menschen hemmen. Die Rede ist anarchistisch, aber nicht aufreizend gewesen. So, wie die Prozessbeschreibung mitgeteilt wird, läßt sie nicht erkennen, daß der Angeklagte, Molinari, einen sehr geringen Grad von Intelligenz hatte, kann nur antworten werden, daß er den Umlauf wünschte, nicht, daß er zu Verbrechen aufreize. Andere Beweise für den unzulässigen Zusammenhang seiner Propaganda mit dem Umlauf in der Unzulassung scheint nicht erbracht worden zu sein. Das hohe Strafmaß erregt deshalb allgemeine Verwunderung. Einige Blätter besagen, daß das Kriegsgericht, Molinari, fabrizieren und viele sprechen die Erwartung aus, daß das Urteil abgeändert werde.

Man bedene: wegen einer Rede dreizehnwanzig Jahre Zuchthaus mit drei Jahren Einzelhaft! Doch das ist bloß gratia, bloß barbarisch! Aber — und darin liegt der grenzüberschreitende — die Rede, welche Molinari diese monströse Verurteilung zuzog, gehört garnicht vor das Kriegsgericht. Sie würde, in den Weisheitsfragen“ gehalten und das Standrecht in Massa-Carrara wurde erst Mitte Januar, d. h. mindestens vierzehn Tage später proklamiert. Molinari ist also seinem rechtmäßigen Richter entzissen und willkürlich vor ein Tribunal geschleift worden, das ihn weder Gesetz und Recht auf die „trockene Guilloine“ geschickt hat. Wie ist ein flagrantester Justizwund verübt worden!

Ueber Molinari wird uns mitgeteilt, daß er ein hochgebildeter Mann ist und in seinen politischen Anschauungen erhalten. Die Jupitermonde, am häufigsten die inneren, gehen von ihren Umläufen um den Zentralstern, zwischen dem sich der Erde befindet, und werden durch die Erde verberedlich, und der Jupiter projiziert Schatten, gehen, oft ist ihnen ihnen auch noch der Schatten zu sehen, den sie auf den Jupiter werfen. Schon seit längerer Zeit sind diese Vorübergänge, bei denen sich ganz eigentümliche Erscheinungen zeigen, fleißig beobachtet worden; Barnard und Burnham nahmen am 8. September 1890 einen Vorübergang mit einem zwölfzölligen Fernrohr wahr und deuteten schon damals die richtige Erklärung an; nachdem Barnard inzwischen am 25. September 1893 abermals, jedoch nun mit dem Sechszwanzigzölligen, einen Vorübergang des ersten Mondes vor dem Jupiter beobachtet hat, steht er nicht an, die Erklärung als zweifellos richtig hinzustellen. Sie sagt aus, daß der Trabant an seinen Polen dunkler ist, und am Äquator hell, und wirgen wir an der Hand dieser Erklärung den Durchgang des Sphäroidkörpers vor den hellen Jupiter. So lange die beiden Scheiben für unser Auge noch getrennt sind, erscheint der Satellit in seiner wahren kreisförmigen Gestalt, und auch noch dann, wenn er den Planeten zu berühren scheint. Aber man sieht den Sphäroidkörper nicht zwischen den vier an mittleren Stellen des Mondes, er ist dafür zu gering. Nun sieht der Mond sich vor den Planeten, und zwar zunächst vor die ziemlich schwach leuchtenden Randgebenden. Es tritt dann eine Zeit ein, während welcher die Pole des Mondes nur gerade die Helligkeit seiner Randgebenden haben und dicht darum garnicht von ihnen abheben; das heißt, der Beobachter sieht nur den helleren Äquatorring des Mondes, und der vordere, ein Scheitel, ist, ist ein hellen Streifen, so scheint ihm der Mond in die Länge gezogen zu sein. Inzwischen rückt der Mond weiter und wird von unserem Auge in Oberflächenteile des Jupiter verlegt, die wegen der geringeren Lichtabplattung, die heller erscheinen als die Randgebenden. Er ist nunmehr der Äquator des Trabanten, der sich vom dem gleich hellen Hintergrund nicht mehr abhebt; die Polarparten erscheinen aber nun als eng benachbarte schwarze Flecken auf dem weissen Grunde. Es ist klar, daß, wenn der Mond sich anseht, die Planetenoberfläche wieder zu verbergen, diese Vorgänge in umgekehrter Reihe wiederholt werden. Tatsächlich hat man nun schon in beiden Fällen die Erscheinung beobachtet, was beobachtet, das erste Mal, ohne die mögliche Erklärung schon zu haben; es wurde sogar damals als denkbar hingestellt, daß der Trabant nicht nur doppelt erscheine, sondern wirklich aus zwei

auf demselben Boden wie die deutsche Sozialdemokratie steht. Er ist Sozialist, nicht Anarchist. Aber gerade das scheint ihn den Behörden, die überall in dem Sozialisten den gefährlicheren Feind wittern, verpaßt gemacht zu haben.

Innehalb der holländischen sozialdemokratischen Partei

beginnt sich in Fragen der Taktik eine Klärung zu vollziehen. Dem „Vorwärts“ wird darüber berichtet: Die Manierung der holländischen Partei geht zwar langsam, aber sicher vor sich. Konnte ein Cornelissen sich in Zürich noch erdreisten, zu behaupten, die parlamentarischen Sozialdemokraten in Holland seien zu einige wenige Herren „mit Gehör“, wenn er jetzt wieder so etwas zu sagen wagte, so würde das Ungenügende seiner Darstellung wohl zu offenkundig sein. — Es hat sich jetzt herausgestellt, daß der Anhang der antiparlamentarischen Richtung durchaus nicht ein so großer war, als man früher geglaubt hat. Es scheint nur vielen der stillenheit der herrschenden Meinung entgegenzutreten, gefügt zu haben. Die Organisationskommission hat jedoch den Scheitern herbeigeführt, und die Befürworter der parlamentarischen Taktik, die bis jetzt so schwer zu kämpfen hatten, weil sie von ihren thätigsten Genüßgenossen im Stich gelassen wurden, sehen jetzt zu ihrer Freude, daß fast alle Agitatoren und Redaktoren der Arbeiterzeitungen ihre „Angehörigen“ sind. Die Manier der holländischen Partei, die parlamentarischen Taktik in ihren Reihen begriffen. Der gesunde Verstand wird schließlich auch in Holland über die blinde Leidenschaft den Sieg davontragen. — Aus den Artikeln Domela Nieuwenhuis läßt man heraus, daß er einseitig, wie es mit seinem Einfluß unwidersprechlich geht; sogar in seiner unmittelbaren Nähe hat wieder einige Sozialdemokraten, denen gesagt, dem holländischen Sozialdemokraten, die parlamentarischen Taktik, hat sich in Groningen als ein Freund der politischen Aktion erwiesen, indem er anfrühe, es sei nicht die Frage, ob man sich an der parlamentarischen Aktion beteiligen wolle, sondern nur, an welchen Maßnahmen man im Parlament mitarbeiten solle. — was jeder Sozialdemokrat imgeben wird.

In ihrer letzten Nummer bringt „Recht vor Allen“ eine Notiz, in der die Redaktion den Wunsch ausdrückt, die Groninger Resolution möge durch das Referendum nicht angenommen werden. Man könne urteilen sein, daß man weiß, daß eine große antiparlamentarische Strömung in der Partei besteht; die persönliche Verantwortlichkeit der Redaktion, mehr, wenn die ichonbare Erfolg. Aus der That, daß „Recht vor Allen“ sich in der Weis drückt, kann man sehen, daß die anarchisch gekennnten Elemente immer mehr an Einfluss verlieren.

Die Sachlage ist also eine günstige. Keine Resolution kann die Wirklichkeit ändern, und bis jetzt haben sich die holländischen Arbeiter in der That als Anhänger der parlamentarischen Taktik gezeigt. In mehreren Städten haben sich jetzt beteiligt und neuerdings hat sogar das Arbeiterbundes-Komitee sich mit einer Adresse an den Gemeinderat gewandt, was eine indirekten parlamentarischen Aktion gleichkommt.

Ueber die Frage: Man solle gehen, soll? spricht sich Genosse Theodor in der „Vorwärts“ des Reichstages, und die Sozialdemokratie“ aus. Nach seiner Meinung sollen der Anhänger der parlamentarischen Taktik zwei Wege offen: sie können entweder eine neue Partei bilden, oder in der bestehenden Partei bleiben für dasjenige, was die Partei nicht will, und sich daneben organisieren für dasjenige, was die Partei nicht thun will. Im ersten Falle werden die Anhänger der Sozialdemokratie, die sich dem Organisationsbündnis in anderen Fällen konfuzieren, sie nicht mit ihr, sondern arbeiten sie bloß auf der von ihr verlassenen Grundlage und ergänzen ihre Thätigkeit. Letzteren Weg hält Theodor für den vernünftigeren; denn es ist nicht wahr, daß die Ziele der parlamentarischen und antiparlamentarischen Sozialisten sich ausschließen, ihre Interessen sind vielmehr weitestgehend im Einklang. Man solle sich nicht in die Diskussionen der Sozialisten, so lange wenigstens beide Parteien sozialistisch bleiben. Wenn sie sich jedoch gegenseitig bestämpfen, so muß immer eine von den beiden Parteien den sozialistischen Standpunkt verlassen haben.

Im Schluß geht der Verfasser der oben genannten Schrift den Zweck der parlamentarischen Sozialisten weiter zu untersuchen. Ueber die Art und Weise, wie man sich zu verhalten hat, der Seite, der am meisten rathat. „So wir kämpfen, kämpfen wir die rote Fahne hoch, worunter Märtyrer gefallen sind und noch fallen werden.“

Reichstag.

41. Sitzung vom 5. Februar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: Graf Caprivi, Dr. v. Bötticher. Die zweite Lesung des Reichshaushalts beginnt mit dem Sozialisten „Reichstagsler und Reichstagsler.“
Beim Titel „Reichstagsler“ bemerkt
Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich möchte an den Reichstagsler die Anfrage richten, ob er es mit den Interessen des Reiches für vereinbar hält, daß ein deutscher Reichstagsler zugleich Unterthan eines ausländischen Staates ist. Es handelt sich bei der Erhebung des neuen Herzogs von Rouburg-Gotha nicht um eine staatsrechtliche Frage, aber man hätte im Volke erwartet, daß der neue Herzog die englische Staatsangehörigkeit aufgegeben hätte. Das dies nicht geschehen, verlegt das deutsche Nationalgefühl, und sollte sich hier eine Lücke in unserer Verfassung finden, so richte ich die weitere Frage an den Reichstagsler, ob die verändernden Regierungsmittel sind, diese Lücke auszufüllen.
Reichstagsler Graf Caprivi legt dar, daß der Herzog von Rouburg rechtmäßiger Souverän und damit ein Deutscher ist. Die eng benachbarten Nordprovinzen bestreite. Doch fand Barnard selbst diese Annahme theoretisch unannehmlich, und offenbar ist seine zu einfache Erklärung aus der Oberfläche der Beschaffenheit des Trabanten vorzugehen. Unter der gewiß gerechtfertigten Annahme, daß die Äxe, um die der Trabant sich dreht, auf den Trennungslinien seiner drei Oberflächenteile nahezu senkrecht steht, war Barnard auch im Grunde, über die Neigung der Äxe gegen die Bahn des Trabanten etwas anzusetzen. Der Südpol scheint in den beiden beobachteten Fällen von der Erde abgewandt gewesen zu sein, da der Südpol der kleinere war. Das es gelungen ist, unter den so verwinkelten Verbindungen des Vorüberganges eine Aufgabe zu lösen, die unter viel einfacheren Bedingungen, nämlich, wenn die Monde für sich beobachtet wurden, nicht lösbar war, das ist es, was die Entdeckung des amerikanischen Sphäroidkörpers besonders merkwürdig macht.

Eine wunderliche Namensgeschichte erzählt das „Güterer Tagblatt“. Der unverheiratete, jungen vier Schüle, in Guben war im Jahre 1834 ein Sohn geboren. Später heiratete die Schüle einen gewissen Schmidt und wurde der Knabe in der Schule und bei der Konfirmation auf den Namen Schmidt geführt. Bei der Heiratung erst erfuhr er, daß er nicht Schmidt, sondern Schulte heißt, und ihm wurde der erstere Name besser gefiel, nannte er sich nach wie vor Schmidt. Nun will ich Schüle als Schmidt verheiraten und läßt seine Schwiegermutter das Aufgebot bestehen. Diese erhält durch irgend ein Versehen einen Taufschein auf den Namen Müller ausgestellt. Schüle, durch die hiesige Verbindung seines Namens ihre gemacht, läßt sich rufen auf den Namen Müller auflösen und traun. Die Nachkommen, deren Zahl bereits auf einige zwanzig gestiegen ist, werden nun alle auf den Namen Müller eingetragen. Jetzt, nachdem Schüle 60 Jahre alt geworden ist, ermittelt die Behörde die Unrichtigkeit und hat das Begräbnisverfahren eingeleitet.

Güterer.

Wortgetreu: Frau: „Daß Du mit nicht verprechen, alle meine Bedürfnisse zu befriedigen?“ Mann: „Gewiß, und ich habe auch mein Verprechen.“ Frau: „So? Also ich brauche ein neues Kleid.“ Mann: „Und ich befriedige das.“

Souveränität stellt die Abhängigkeit von dem Auslande aus. Der Vordere stellt die ursprüngliche Frage, ob es überhaupt so möglich ist, das ein Ausländer einen deutschen Thron bestiegen könnte; hierauf ist die ursprüngliche Frage, ob es überhaupt so möglich ist, in seiner Richtung vor zu gehen oder nicht ein, ob aber Zeit ein Motiv kommen sollte, das uns nötige, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Uebrigens liegt die Sache formel ja ganz klar, es ist nach Landes- und fürstlichen Ansehen zu entscheiden, ob die Thronfolge in jedem einzelnen deutschen Lande in dieser oder in jener Richtung vor zu gehen ist. Die Sache ist geregelt, so präsentiert das Land oder sein Souverän den Bewilligungsmächtigen zum Bundesrat, der Bundesrat entscheidet dann, ob der Bewilligungsmächtige de jure in der Lage ist, das Land zu vertreten. Diese Auffassung hat schon mein Amtsvorgänger anerkannt, als ein solcher Fall in Wien, als theoretische Betrachtung angenommen wurde. Ich glaube, ich kann mich hierüber äußern, sagen, auf die mögliche Zukunftfrage eingehen; ich will nur noch ein paar Worte über die aufgeworfene Frage der Souveränität des Herzogs von Koburg hinzufügen: Zweifellos ist, daß der Herzog gegenwärtig rechtmäßiger Souverän ist. Wir können hier die Frage ganz beiseite lassen, ob er einmal aufgehört hat, ein Deutscher zu sein. Mit dem Könige ist aber, wo rechtmäßiger Souverän wird, liegt nicht der mindeste Zweifel vor, daß er ein Deutscher, zweitens ist zweifellos, daß der rechtmäßige Souverän von Koburg-Wettin ist. Die Eigenschaft eines deutschen Souveräns schließt aber ebenso die Abhängigkeit von fremden Mächten aus, um nicht zu sagen, daß es aber ein deutscher Souverän gleichfalls Unterthan einer fremden Macht sein kann; wenn wir nur an die Möglichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und demjenigen Lande denken, dessen Unterthan der neue Souverän ist, sozujagen in einem Nebensache sein soll, so ergibt sich das von selbst. Er könnte in den Grenzen des anderen Landes wegen Souveränität belangt werden, wenn es deutscher Staat in einem solchen Krieg teilnimmt. Das ist thatsächlich unmöglich. Der Herzog Alfred ist ein Deutscher und ist Souverän, er kann nicht Unterthan einer anderen Macht sein, wie kann das zu Behauptung veranlassen? So, königliche Hoheit hat, als er den Thron bestieg, in formaler Weise in dem Reiche, der Mächten und der Rechte eines Deutschen. Seine Sache ist, seine früheren Beziehungen zu der anderen Nation und dem anderen Staate so zu regeln, daß sie mit den Pflichten gegen Deutschland nicht in Konflikt kommen. Soweit meine Kenntnis reicht, hat der Herzog den letzten Willen, seine Pflicht in dieser Weise zu erfüllen. Eine Einmischung uninteressiert hat also nicht allein keine praktische, sondern auch keine rechtliche Anknüpfung der Engländer, sondern ich würde sogar befehlen, daß wir der freien Tätigkeit des Herzogs hindern, wenn wir uns mit diesem Gegenstand noch weiter beschäftigen.

Hg. Spahn (Zentrum) sieht in der Anregung das Bestehen, ein Ausnahmefall gegen den deutschen Staat zu schaffen und verwirft sich ganz entschieden gegen ein solches. Hg. Richter (frei. Volksp.): Ich habe von einer Erregung des deutschen Nationalgefühls absolut nichts bemerkt. Gatten wir weiter nichts zu thun in Deutschland, so würde ich die Aufregung über solche Thatsachen vertheilen, so würde ich es nicht. Hg. Dr. v. Bötticher (Zentrum) hat die Erregung des Reichstages nicht befriedigt und behält seinen Parteistand die weitere Stellungnahme zu der Frage vor. Hg. v. Bötticher (Zentrum) erklärt, daß der Herzog deutscher Unterthan ist und daß er als Unterthan eines anderen Landes keine Pflichten hat, welche denen des Reiches entgegenstehen könnten. Der Titel wird darauf beivilligt. Ebenso der Titel der Reichstanzlei ohne Diskussion.

Es folgt der Act des Reichsamtes des Innern. Die Kommission beantragt hier die Streichung der Forderung für einen neuen zweiten Direktor. Hg. v. Stamm (Rechts) beantragt die Beibehaltung des jetzigen Direktors. Hg. v. Stamm (Rechts) weist zur Verantwortung seines Antrages namentlich auf die großen Aufgaben des Reichsamtes des Innern auf sozialpolitischen Gebiete hin. Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Die Geschichte des Amtes wird darauf hingewiesen, daß eine Vernehmung des Personals dringend erforderlich ist, um zu sehen, wie weit man sich nicht auf höhere Beamte verlassen kann. Der Reichstag selbst bringt er immer auf schnellere Erledigung unserer Arbeiten. Wird uns der neue Direktor jetzt nicht beivilligt, so wird mir jedenfalls außer Stande, die Bestimmungen über die Sonntagsruhe in den Fabriken auszuführen.

Hg. v. Bötticher (Zentrum): Wir werden für die Beivilligung dieses zweiten Direktors stimmen, nicht aus Begünstigung für neue Beamte, sondern weil wir denselben für notwendig halten. Wir bedauern sehr den langsamen Fortgang der sozialen Reformen, vor allem die Langsamkeit, mit welcher die Vorarbeit der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in den gewerblichen Betrieben durchgeführt wird. Ich würde sehr gern hören, was die Interessen der einzelnen Betriebswege zu hören. Jeder hat man aber auch hier wieder sich vor allem an die Unternehmer, nicht an die Arbeiterorganisationen gewendet. Es wäre längst wünschenswert gewesen, daß das Reichsamt des Innern uns mit einem ausgiebigeren Material versehen. Ich frage den Staatssekretär, wann die Sonntagsruhe Bestimmungen in Kraft treten; ob wir 1894/95 darauf rechnen können.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Die Anfrage des Vordere ist nicht zu einfach zu beantworten. Es kommt nicht allein auf eine strenge Durchführung der Sonntagsruhebestimmungen an, sondern vor allem darauf, zu entscheiden, was technisch möglich und durchführbar ist. Es muß deshalb für jeden einzelnen Betriebsweg eine sorgfältige Untersuchung eingeleitet werden, was nötig, und was möglich ist. Wir konnten uns dabei auch nicht auf die Fabrikinspektoren verlassen, denn diese können doch immer nur über ihren Bezirk berichten. Wir haben deshalb die einzelnen Gruppen von Gewerben zu Konferenzen nach dem Reichsamt des Innern berufen, und wir haben uns nicht auf Unternehmer beschränkt. Unter den Arbeitern haben wir allerdings unsere Aufmerksamkeit zu treffen, daß möglichst in jeder Fabrik Arbeiter herangezogen wurden, unbekannt darum, ob es Sozialdemokraten, sind oder nicht. Es sind für über 100 Gruppen von Betriebswegen besondere Ausnahmestimmungen zu treffen, und daraus allein ergeben sie sich, und es ist unmöglich, um die Regelung der Sache ist. Bis jetzt haben Benennungen von Sachverständigen stattgefunden aus der Bergwerks- und Hütten- und aus der Metallverarbeitungsindustrie, es folgen die für die Glasbläsen- und die chemische Industrie. Außerdem sind über für eine ganze Reihe von Industriezweigen die Bestimmungen fertiggestellt. Wenn die ganze Angelegenheit abgeschlossen ist, über läßt sich aber leider noch nicht übersehen. Sie wird gefördert werden und um so schneller erledigt werden, je eher Sie den zweiten Direktor beivilligen.

Hg. v. Bötticher (Zentrum): Die Schwierigkeiten der Durchführung der Sonntagsruhe sind weniger auf den Reichsamt des Innern, als auf die Interessen zurückzuführen. Soll aber in jenen Amte die Zahl der Beamten vermindert werden, weshalb sollen wir dann gleich einen Direktor beivilligen? Diese Notwendigkeit konnte jedenfalls die Kommission nicht anerkennen, und deshalb hat sie die Forderung gestrichen.

Hg. v. Stamm (frei. Volksp.): Ich habe zu erklären, daß wir den zweiten Direktor beivilligen, also in diesem Punkte mit den Sozialdemokraten und der Regierung gegen die Konferenzen und einen Teil des Zentrums stimmen werden. Wir wollen nicht an der falschen Stelle sparen, und die anderen Parteien würden es auch nicht wollen, wenn sie nicht gerade der agrarischen Interessen wegen gegen die Regierung opponieren.

Hg. v. Stamm (frei. Volksp.): Die umfassende sozialpolitische Gelegenheit bedarf zu ihrer Durchführung einer Vernehmung der Hilfskräfte.

Vor allem drängen die Vorkämpfer zur Durchführung der Gewerbeordnungs-Novelle. Sparjamiet sollte man richtiger als hier beim Mittelstande leben. Auf gewerblichen Gebiete ist die Sparjamiet schon zu weit getrieben worden. Das man doch erst längere als Sparjamiet beibringen, bevor man sich auf die Durchführung der Revisionen übertragen. Das Unterrichtsamt sucht es ferner immer noch zu hinterziehen, daß die Gewerbeämter mit den Arbeitern Fühlung gewinnen. Dem bairischen Fabrikinspektor Dr. Werris-her sind in dieser Beziehung verächtlich Schwierigkeiten beizulegen worden. Wir fordern daher, daß den Fabrikinspektoren die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die rechtliche Beurteilung der Gesetze durch die Unternehmer zu verhindern. Die Regierung aber stellt sich mehr auf die Seite der Unternehmer. So ist ein solcher, der jahrelang die Vorarbeiten der Gewerbeordnung verlegt und noch dazu seine Arbeiter zur Mitleid verleitet, zu einer Strafbüße von 300 M. verurteilt worden. (Schrei über laut.) In einer Zeit des höchsten Notstandes soll man diesen Fragen doch ein um so schärferes Augenmerk zuwenden. Die Arbeitslosigkeit droht sich noch zu vermehren; es erschelt dies einfach aus der rapiden Zunahme der Zahl der weiblichen Arbeiter über der männlichen Arbeiter. Es werden also immer mehr männliche Arbeiter der Gewerbeordnung verstoßen. Das Unterrichtsamt hat aber von ihm gegen das Institut der Fabrikinspektoren agitiert. Früher warf man uns aus den Kreisen vor, wir hätten kein Vertrauen zu diesem Institut. Dieses hatten wir wohl, aber wir hatten doch die Erfahrung gemacht, daß Arbeiter aus einem Arbeitsverhältnis entlassen wurden, ließ sie sich mit einer Bekehrung zum Fabrikinspektor vereinbaren. Die Fabrikinspektoren sind Staatsbeamte und mit Arbeiterentlassungen oft recht sorgfältig vorgegangen. Das Vertrauen der Arbeiter zu den Fabrikinspektoren würde gewinnen, wenn diese mehr aus den Kreisen der Arbeiter als aus denen der Beamten genommen würden. (Beisprache.) Hg. v. Stamm (frei. Volksp.) erklärt den Redner, sich nunmehr der für die Diskussion herbeizubringen, aber nicht der Zustimmung. Er ist für gerechtfertigt, die Forderung zu beivilligen. Der neue Direktor soll ja nach Aussage des Staatssekretärs vor allem die Bearbeitung sozialpolitischer Fragen übernehmen. Es geschieht beispielsweise noch lange nicht genug zur Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften. Namentlich in den Bergwerken liegt noch manches im Argen. Die in den letzten Monaten im Folge des Heranziehens von Schiffen aus den Schiffen ist trotz unserer vorläufigen Debatte nicht kleiner geworden. Hier könnte vielleicht der neue Direktor eingreifen.

Hg. v. Stamm (frei. Volksp.) erklärt namens seiner Partei, die hätte ganz in der Kommission gegen die Forderung gestimmt und so weit möglich aus nachdrücklichen Gründen, nach den heutigen Darstellungen für die neue Direktorstelle würden sie aber einmütig für die Beivilligung derselben eintreten. Hg. v. Stamm (natl.): Die Beschwerden des Abg. Wurm gegen das Unterrichtsamt sind durchaus ungerichtet. Es will die ganze Angelegenheit der Sonntagsruhe, welche der Reichstag im März nicht zu vernehmen, daß bezüglich der Durchführung der Sonntagsruhebestimmungen erheblichen Schwierigkeiten begegnen mußte. Gerade deshalb halten wir es jedoch für äußerst wichtig, daß eine behördliche Kraft für sozialpolitische Maßnahmen ange stellt werde.

Hg. v. Stamm (Zentrum) behauptet, daß die Forderung für einen zweiten Direktor hier mit der Durchführung der Sonntagsruhe in Verbindung gebracht sei, auf die man nun schon zwei und ein halbes Jahr vergeblich warte. Er freue sich aber, aus den Erklärungen des Staatssekretärs entnehmen zu können, daß die Angelegenheit nun mit aller Energie werde gefördert werden. Er möchte die Forderung des Reichstages nicht mit der Einführung der Sonntagsruhe successive vorgehen könne.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher sagt die Erwägung dieser Frage ganz zu successio könne aber jedenfalls nur da vorgegangen werden, wo es ohne Schaden einzelner Industriezweige geschehen könne. Hg. v. Stamm (Rechts) betrachtet die Durchführung der Sonntagsruhe als einen Vorteil nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Unternehmer. Für einige Betriebe ist es allerdings unmöglich, die Arbeit Sonntags ganz einzustellen. Zu einem großen Teile hätten sich mehr die Arbeiter gegen die Sonntagsruhe ausgesprochen als die Unternehmer. Hg. v. Stamm (Rechts) behauptet, daß die Durchführung der Sonntagsruhe keine bestimmte Erklärung über die Durchführung der Sonntagsruhe abgegeben hat. Die Sache scheint also auf neue für unbestimmte Zeit verlag. Da darf sich dann aber die Regierung nicht wundern, wenn die Arbeiter ihr darüber beschwerten, daß sie wie Staatsbürger dritter Klasse behandelt werden. Die Arbeiter wollen nicht mehr, daß die Regierung sich einreden, sich immer wieder des Wortes, das Herr von Bötticher auf den Festen von Industriellen in Westfalen gesprochen: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie! Dabei kommt es, daß man mit den Unterländern nicht vorwärts kommt. Bezüglich dieser Unternehmungen möchte ich den Staatssekretär bitten, die neue Erklärung, die er gemacht hat, nicht nur für die chemische Industrie in Aussicht genommen hat, aber auch für andere Industrien. Die chemische Industrie besitzt nämlich eine nennenswerte Fabrikorganisation, wie andere Industrien. Es ist uns aus den letzteren auch keinerlei Mitteilung gemacht worden, daß man Vertreter der Arbeiter-Fabrikorganisationen heranzuziehen würde, um die Angelegenheit mit den Industriellen in Kontakt und in der Einbindung zu bringen. Jedenfalls sollten die Schwierigkeiten, welche sich der Durchführung der Sonntagsruhe in einzelnen Industriezweigen entgegenstellen, die allgemeine Durchführung nicht hindern. Die Arbeiter gewinnen fast immer mehr den Eindruck, daß man die Ausführung nur verzögert. In einem der Fälle habe ich vorhin erwähnt, daß es mir sehr angenehm ist, wenn meine Freunde Wurm darin zustimmen, daß sie den Arbeitgebern gegenüber zu wenig amtliche Autorität haben. Daher können auch die Berichte der Fabrikinspektoren uns nicht den Nutzen gewähren, den sie gewähren sollten.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher: Ich möchte die Regierung gegen den Vorwurf, daß es ihr an Interesse und Willen fehle, für das Wohl der Arbeiterkräfte zu sorgen. Freundliche thatsächlichen Anhalt wird der Vordere für seine Behauptung nicht finden. Meine vom Vordere zitierte Aeußerung hier in einer Verammlung von Industriellen, und unter Industrie verleihe ich Arbeitergeher und Arbeitnehmern, (Beisprache und Beifall.) Redner geht dann des weiteren unter Wiederholung seiner früheren Ausführungen auf die Gründe ein, aus denen die Fertigstellung der Bestimmungen über die industrielle Sonntagsruhe verzögert worden ist. Die über diesen Gegenstand angestellten Erhebungen aus dem Jahre 1888 konnten deswegen heute nicht mehr als unannehmbar angesehen werden, da sich inzwischen eine Reihe von Industriezweigen neu herausgebildet habe. Für einzelne Industrien sind die Bestimmungen fertig, für andere dauern die Konferenzen noch fort, liegt Ihnen daran, daß ich einen bestimmten Termin nenne, so kann ich die Hoffnung aussprechen, daß bis zum 1. Januar n. J. die Angelegenheit fertig sein wird. Durch ein Ausdrücken des wünschenswerten Bestandes ist es aus dem Auge aufgeföhrt worden, auch Arbeitervertreter zu der Enquete zuzuziehen.

Hg. v. Stamm (natl.) nimmt die Regierung wegen der Verzögerung der Sonntagsruhebestimmungen in Schutz. So kategorisch, wie die Sozialdemokraten wollen können, die industrielle Sonntagsruhe nicht durchgeführt werden, ohne daß die Arbeiter davon Schaden haben. Die Durchführung der Sonntagsruhebestimmungen mit dem Amte der Reichsämter wird von der Industrie selbst selbst beauftragt, und deshalb sind die Industriellen befreit, besondere Reichsämtervereine zu gründen bezw. die bestehenden zu erweitern.

Die Forderung für eine zweite Direktorstelle wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen des größeren Teils des Zentrums beivilligt.

Bei dem Titel „Zur Unternehmung aus Anlaß von Friedensübungen“ rät Hg. v. Stamm (natl.) die Ausführung der Unternehmungen. Dasselbe erfolgt in der Reichsamt des Innern, was mit anderen Umständen in Zusammenhang verbunden ist. Der Staatssekretär möge erwägen, ob es nicht angeht, die Reichsämter, welche in einzelnen Tagen nach dem Fälligkeitstermin die Gelder nicht abgeholt

sind, den betreffenden Personen durch die Post das Geld zu senden läßt. Staatssekretär Dr. v. Bötticher erwirbt, daß ein gefälliges Beenden dieser Forderung nicht entgegenstehe. Der Titel wird beivilligt. Darauf verlag das Haus die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Vorlesnachrichten.

Wegen Beurlaubung eines Fabrikanten wurde Graf v. Bötticher, Redakteur der Berg. Arbeiterstimme, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß das im infirmierten Artikel behauptete wahr sei, nur die Form sei beivilligend und das mußte geföhnt werden. Gerechtfertigt muß sein!

Zur Arbeiterbewegung.

In Berlin wurde am Donnerstag eine Berliner Arbeiterfamiliengemeinschaft, in der über den in Max in Berlin stattfindenden ersten Kongress der im Gesamtlande gewerblichen Handwerker, welche es gelangt, eine Entscheidung zur Annahme, in der an dem Kongress das Ergebnis der Verhandlungen über die Länge der Arbeitszeit, über die Lohn- und Wohnungsverhältnisse, über den Arbeitstag, über die Stellenvermittlung und über das Verbringenswesen durch Fragebogen in ganz Deutschland vorzulegen.

In Charlottenburg fand am letzten Sonntag eine Schifferverammlung statt, die in einer Entscheidung ihren Beitritt zur Sozialdemokratie ausdrückte.

In französisch-Bischholz bei Berlin ist in der dortigen Lagerarbeiterbewegung, betreffend Anstellung letzter Elementarlehre erledigt. Die von dem Magistrat vorgelegene Angelegenheit Herren Hans Falper aus Halle und Karl Sid aus Delitzsch erhalten die Zustimmung der Verammlung.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 6. Februar.

Stadtverordneten Sitzung vom 5. Februar. Vorsitzender: Stadt-Vorherer Gneil. Nach Berichtigung und Genehmigung des Protokolls letzter Sitzung wird eine Sonderkommission, betreffend Anstellung letzter Elementarlehre erledigt. Die von dem Magistrat vorgelegene Angelegenheit Herren Hans Falper aus Halle und Karl Sid aus Delitzsch erhalten die Zustimmung der Verammlung.

Hierauf wird zur Beratung der Tagesordnung geschritten. Nach Berichtigung der Steuern durch Steuerherber. Der Magistratsantrag betraf, daß die Steuerherber, von ab die Ansetzung der Steuern (mit Ausnahme der Hundsteuer, der Schulgebühren, ausgenommen desjenigen der Fortbildungsschule und der gewerblichen Reichenthümer) durch Steuerherber, denen auch die Zwangsversteigerung übertragen werden soll, einzuführen beschließen werden, wobei die Steuerherber und Vollziehungsbeamten eine Vergütung von 3 M. für jede eingetragene Steuerleistung erhalten sollen. 3. daß die von den Ansetzungsbeamten leistende Kaution auf 1000 M. festgesetzt werden möge; 4. daß zum 1. April 1894 fünf neue Stellen solcher Beamten mit einem Gehalte von 1100 bis 1500 M., von welchem zu gunsten der Steuerherber die Vergütungsgeldheiten in Abzug kommt, erledigt werden sollen. Der Redner Dr. v. Stamm erklärte, daß die Steuerherber daran, daß bereits vor zwei Jahren ein ähnlicher Antrag von der Verammlung abgelehnt worden sei und nicht über in einer längeren, sehr ausführlichen Auseinandersetzung die Gründe, welche die wiederholte Einbringung dieser Vorlage in der öffentlichen Meinung hervorgebracht haben, sich zu erinnern. Ein Hauptgrund, weshalb die Verammlung den betreffenden Kassen, wodurch Hundsteuern, Warten, und auch Reichenthümer veranlaßt werden seien; ferner die zu erwartende Steigerung des Antrags durch die Heranziehung der Einkommen von 600 bis 1000 M. auf Einkommensteuer, wodurch ein Zuwachs von 250,000 M. an der Staatseinnahme zu erwarten sei, 250,000 M. Steueranwärtler würden, und zu dem Zweck, die Steuerherber notwendig sein würden. Da 11 bereits vorhanden, so sind nur noch 5 neu anzustellen. 25,000 Luitinger kommen nicht einbezogen von den 25,000 in Abzug. An Vergütungen würden dabei 450,000 M. für die 16 Erheber zu zahlen sein (pro Luitinger 28,125 M.). Eine Verminderung der Zahl der Erheber, die Ansetzung von neuen Stellen würde teuer kommen und die Anstellung der Erheber. Berlin, Breslau, Königsberg, Stettin u. haben bereits eine solche Einrichtung der Steuerherber, die sich dort sehr gut bewährt habe. Die Finanzkommission habe mit Einverständnis beschließen, die Annahme der Magistratsvorlage dem Magistrat zu empfehlen, unter der Bedingung, daß es jedem Steuerzahler freigestellt sein solle, seine Steuern direkt zu zahlen (was er beim Magistrat annehmen habe). 2. daß die Erheber die Luitinger von Abgabe der Zahlungsanforderung zweimal vorzulegen verpflichtet sein sollen. In letzteren Fälle würde bei nicht pünktlicher Zahlung des Zahlungsgebührens die Zwangsversteigerung eintreten. Hinsichtlich der Ansetzung der Steuern, welche die von den besten zur Beivilligung über gegenwärtigen und in erhöhtem Maße für die Folgezeit vordere Lebensfälle. An den Monaten August und November seien die in der Hauptberichtigungszeit bei den Kassen innerhalb 4 1/2 Stunden der Zwangsversteigerung abzuführen, jedoch hinuntergelassen werden sollten, wenn der Betrag an den Kassen nicht einbezogen werden konnte. Der Beginn der Steuerherberung soll jedesmal bekannt gemacht werden, wonach der Abzug der Erheber beginnt. In einer Menge kleiner und mittlerer Städte bestche das Institut der Erheber zur Zufriedenheit der Städte. Man ist erhaucht über die Einbringung der Vorlage und weiß auf die Rede des Oberbürgermeisters bei Einführung der neuen Stadtverordneten hin, in welcher dieser selbst erklärt habe, daß die finanziellen Lage der Stadt nur die notwendigen Ausgaben beizulegen müßten. In Hinblick auf den im April nächsten Jahres einzuführenden neuen Steuermodus sollte mit dieser Vorlage doch noch gearbeitet werden. Weder Redner noch seine Vorgesetzten jemals in 30-tägigen Zeitraum 1 Stunde warten müßten. Die Beamten sollten in der Hauptzeit gegen Entscheidung etwas länger arbeiten. Redner wünscht einen billigen Weg, durch welchen es ermöglicht werden, die Arbeiter geteilt werden und doppelt schneller Abfertigung stattfinden. Stadt, es ist findet das Warten nicht so schlimm. Die Bequemlichkeit für einzelne würde der Gesamtheit teuer kommen. Man dränge in nicht selbst hinzugehen, welcher Arbeiter sich wohl leisten, er schied, das seine Frau. Redner bezweifelt, daß 5 neue Beamte ausreichen würden, und bezweifelt die Einrichtung der Vereinarbeit der verschiedenen Steuern auf getrennte Zeitel als einen großen Fehler. Durch Zusammenhebung und Abänderung von Steuerherber in ein anderes Bureau könnte ein billigerer Ausweg gefunden werden. Redner kritisiert die ihm zu kurz ersehene Arbeit der Beamten und beantragt den Umstand, daß für die Vormittagsstunden zu Kautionszahlungen benutz werden. Durch den Satz von 2 Pf. pro Luitinger würden die künftigen Zollstellungsbeamten in ihrem Einkommen geschädigt werden, da doch bei ihrer Anstellung die Neben-Einnahme aus den Nebengebühren, die sich auf 100 M., außer dem Gehalt, belaufen soll, in Betracht zu ziehen sind, werden eventuell Gehaltsverluste von 200 M. durch den Verlust will auch dieser Neben-Einnahme der Arbeit der Kassenbeamten. Stadt, es ist nicht erklärlich, daß gegen die Erheber, besonders deshalb, weil nicht erklärlich, ob diese als vollständige Kassenbeamten oder wie jetzt, nur als Voten gelten werden, die die Beamtenverammlung durch den Magistrat für geföhnte Zahlung tragen. Redner erkennt die Tätigkeit der Kassenbeamten an und will die Sache bis zu einer günstigeren Zeit ruhen lassen. Stadt, es ist

